

Quo vadis DIE LINKE Bayern ? - ein Rückblick

(Ulrich Voß 8.8.2010)

Seit der Wahl des neuen Landesvorstandes verfolgten die Landessprecher Mendl und Wendl, und später ebenso die zentralistisch orientierte Mehrheit des LAVO insgesamt, mit einer für mich sehr irritierenden Inbrunst das Ziel, der Schatzmeisterei sämtliche wichtige Instrumente zu entziehen und die Arbeitsfähigkeit in diesem Bereich zu zerstören und zu verhindern. **Wichtige interne Regelungen, die für meine Vorgängerin nie in Frage gestellt waren, sollten plötzlich der Schatzmeisterei nicht mehr zur Verfügung stehen. Bereits der geschäftsführende LAVO (GFLAVO) sollte bei seiner Konstituierung am 30.4.2010 dazu genutzt werden, der Schatzmeisterei die Kompetenz über die Mitgliederdatenverwaltung und die gesamte Weisungskompetenz über die Abläufe in der Schatzmeisterei selbst zu entziehen.** Man wollte so direkten Zugriff in die Hoheit der inneren Abläufe der Schatzmeisterei erhalten, schließlich hatte der Schweinfurter Sonderparteitag bzgl. der Schatzmeisterwahl aus Sicht der zentralistischen Blockfraktion nicht das gewünschte Ergebnis erbracht.

Auf verschiedene Weisen wurde von dieser Mehrheit vorsätzlich und bewusst die Politik- und Arbeitsfähigkeit des neuen Landesvorstandes zerstört. Ich kann, trotz eines intensiven persönlichen Einsatzes heute nichts weiter für Euch machen, als im Folgenden einige diese Vorgänge exemplarisch bekannt zu machen. Ob und wie der LINKE Landesverband in euren Augen dann noch eine Zukunft hat, mögt ihr selbst entscheiden.

1. Eingriffe in die Arbeitsabläufe

1.1. Übertragung der Kontenvollmacht

Eines der wichtigsten Arbeitsmittel eines Schatzmeisters ist das Arbeiten mit den Parteikonten. DIE LINKE Bayern hat zwei Bankkonten. Damit die Kontenvollmacht über diese Konten ausgeübt werden kann, ist dem Kreis der Zeichnungsberechtigten die Kontenvollmacht zu erteilen. Hierzu müssen die entsprechende Einwilligung der Außenvertretungsberechtigten des Landesvorstandes bei der Bank hinterlegt werden. Im Fall des Landesverbandes Bayern sind die zur Außenvertretung berechtigten gemäß Landessatzung § 20 Abs. 4 die beiden vom Parteitag gewählten Landessprecher. Weitere Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes wurden mit der Außenvertretung nicht betraut.

Trotz wiederholter Anmahnungen kamen die gleichberechtigten Landessprecher Mendl und Wendl dieser Unterzeichnungsverpflichtung der Kontenvollmacht bis zum Rücktritt von M.Wendl nicht nach. Danach war der Landesverband bis zur Ernennung eines kommissarischen Landessprechers (Xaver Merck) über mehrere Wochen nicht aktiv außenvertretungsfähig, da der zweite gleichberechtigte Unterzeichner fehlte.

Bis auf den heutigen Tag werden als Unterschriftsberechtigte für die Bankkonten der Personenkreis geführt, der bis zur Vorstandsneuwahl bereits zeichnungsberechtigt war. Dem vom Sonderparteitag in Schweinfurt gewählte Schatzmeister wird damit bis heute die rechtliche Kompetenz auf die Konten zuzugreifen, vorenthalten. Leider betrifft dies dann alle Überweisungen, auch diejenigen an die Kreisverbände oder im Rahmen des Kreisauaufonds.

Die Banken verlangen darüber hinaus noch die Unterschriften unter den Online-Banking-Vertrag, da dies ebenfalls ein Vertrag im Außenverhältnis ist. Sowie eine von den Außenvertretungsberechtigten unterschriebenen Beschlussfassung über die Zeichnungsmodalitäten, z.B. wer und in welcher Weise zeichnungsberechtigt für Überweisungen ist. Auch hier wurde bis auf den heutigen Tag die Pflicht der Landessprecher versäumt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass dem Schatzmeister, wie im letzten Landesvorstand dem Landessprecher Franc Zega, von den Zentralisten selbstverständliche und wesentliche Kompetenzen vorenthalten werden.

1.2. Geschäftsübergabe von der alten Landesschatzmeisterin an den neuen Landesschatzmeister

Die Geschäftsübergabe von der alten Schatzmeisterin Gilberte Lebien-Schachner ist in keiner Weise als kooperativ und vollständig erfolgt zu bezeichnen. Außer einem ersten ca. 3 stündigen, fast ausschließlich informellen Übergabegespräch, gab es keinen weiteren Übergabetermin. Während auf diesem vorbereitenden Übergabetermin wurde ein Stapel loser Papiere übergeben. Auf einem weiteren Übergabetermin sollte die geordnete Aktenübergabe erfolgen. Dieser fand nicht mehr statt. Einige Kisten mit Arbeitsordnern wurden im Folgenden von Gilberte im Büro Fürth ohne weitere Rücksprache und nach Anmahnung durch den neuen Schatzmeister dann einfach abgeliefert. Nachdem der neue Landesschatzmeister von diesen Kisten mehr zufällig Kenntnis erlangte, wurde im Beisein der Revisorin Dagmar Henn eine Bestandsaufnahme nachträglich vorgenommen. Der Nachweis, ob alle Akten der Schatzmeisterei übergeben worden sind, wurde nie erbracht. Die Vermutung, dass die Übergabe nicht vollständig erfolgte, ergibt sich aus Informationen, die der Landesschatzmeister zufällig durch andere Sachzusammenhänge erfuhr.

1.3. Erstellungsarbeiten für den Rechenschaftsberichts 2009

Eine große Überraschung ergab sich sofort nach dem Schweinfurter Parteitag aus der Tatsache, dass der Rechenschaftsbericht 2009 zum Zeitpunkt Ende April nicht einmal annähernd gebucht war. Der Buchungsstand der bayerischen Kreisverbände war dabei nur zu einen Teil Ursache der Verzögerungen. Obwohl der RB 2009 längst hätte fertiggestellt und der Bundespartei vorgelegt sein müssen, wurde seit Mitte/Ende April 2010 noch ca. 2 Monate intensiv Buchungsstoff eingegeben. Aus meiner eigenen beruflichen Erfahrung stellte sich das Volumen damit so dar, als ob fast der gesamte Jahresbuchungsstoff erst ab meiner Amtsübernahme gebucht wurde. Alle anderen Arbeiten mussten in diesem Zeitraum zurückgestellt werden.

Warum die bisherige Schatzmeisterin dieses gewaltige Arbeitsvolumen für den Jahresabschluss 2009 erst zu diesem späten Zeitpunkt vornehmen ließ, entzieht sich meiner Kenntnis, ebenso wie die Frage, mit welchen höchst wichtigen Aufgaben die Finanzbuchhaltung in dem Zeitraum befasst war, der normalerweise zur termingerechten Erstellung des Rechenschaftsberichtes 2009 hätte vorgesehen sein müssen. Infolge dieser gravierenden Bearbeitungsverzögerung konnten die steuerlichen Zuwenderbescheinigungen für Mitgliedsbeiträge, Mandatsträgerbeiträge und Spenden erst sehr spät fertiggestellt werden, teilweise erreichten sie aufgrund von Verzögerungen bei der Postverschickung die Adressaten sogar zu spät, also nach dem 31.5.2010.

1.4. Weisungskompetenz (Ablauforganisation und Personal)

Die Schatzmeisterei war von Anfang den Angriffe aus der Mehrheitsfraktion der Zentralisten besonders ausgesetzt. Man zerstörte damit die ohnehin nicht optimal funktionierenden Abläufe in diesem Bereich fast vollständig. Die nachhaltigsten Eingriffe betrafen die Zerstörung des Weisungsrechts des Schatzmeisters in seinem ureigenen Aufgabenfeld. Vorbereitet wurde dies bereits 3 Wochen vor der Konstituierung des neuen LAVO am 10.5.2010. Selbstherrlich setzte das neue Sprecherduo ein ausdrücklich nicht-legitimiertes landesweites Treffen der bayerischen Partei-Mitarbeiter an. Eine Kostenübernahme dafür wurde nicht beschlossen. Dieses Treffen erfolgte trotz eines Schatzmeister-VETO's. Das VETO wurde sowohl von den Angestellten als auch von den beiden Landessprechern vorsätzlich nicht beachtet und dies obwohl zu dem Zeitpunkt des Münchener Treffens die Personalkompetenz vollständig beim Schatzmeister lag und eine Änderung dieser Kompetenz erst nach der Konstituierung des Landesvorstandes am 31.5.2010 erfolgen konnte; und obwohl die Finanzbuchhaltung mit dem unter Punkt 1.3. beschriebenen gewaltigen Arbeitsrückstand aus dem Buchungsjahr 2009 konfrontiert war.

Um wenigstens noch einen Hauch an Legitimität dieser Versammlung darzustellen wurde sogar die Protokollaussage der konstituierenden GFLAVO-Sitzung (30.4.2010) hierzu falsch dargestellt und ein Änderungsantrag zu dieser Protokollpassage per Beschlussmehrheit abgelehnt.

Ein Protokoll des Münchener Treffens vom 10.5.2010 wurde im folgenden Verlauf nicht veröffentlicht. Die wenigen referierten Sachverhalten erbrachten keine Erkenntnisse mit Neuigkeitswert, außer, dass die Landessprecher mit einem Mal die Wichtigkeit der Klärung der

Bürosituation in Fürth (Finanzbuchhaltung und Mitgliederdatenverwaltung) als wichtigste Priorität wahrnahmen, ein Sachverhalt der noch 10 Tage vorher – auf der konstituierenden Sitzung des GFLAVO am 30.4.2010 nur ein müdes und lösungsunwilliges Gähnen beim Sprecherduo hervorgerufen hatte. Kein Wunder, war dieser Tagesordnungspunkt ja vom Schatzmeister selbst beantragt, vorgetragen und zur Diskussion gestellt (nachlesbar im Protokoll der Versammlung).

Dem Schatzmeister wurde, ausgehend von diesem Münchener Treffen, anschließend jede Führungs- und Weisungskompetenz an die Mitarbeiter der Finanzbuchhaltung entzogen. Die dadurch einsetzende Vernichtung der Arbeitsmoral war beabsichtigt und gipfelte **letztlich sogar in einem kaum zu glaubenden eintägigen Ultimatum einer der bayerischen Parteiangestellten mit dem die Freigabe von Finanzmitteln zur Einrichtung von Büroräumlichkeiten im Nürnberger Gemeinschaftsbüro Allersberger Straße erpresst werden sollte. Dieses Ultimatum erfolgte mit dem Hinweis auf ausdrückliche Rückendeckung durch den Bundesschatzmeister.**

Es handelte sich dabei um ein Büro, für das kein Mietvertrag vorgelegt werden konnte und bei dem der Vermieter überhaupt ungeklärt war und dessen grundsätzliche Eignung aus datenschutzrechtlicher Sicht ungeklärt ist.

Seither ist auch die Basis der unbedingt notwendigen vertrauensvollen Zusammenarbeit des Schatzmeisters mit dem Personal der Finanzbuchhaltung zerstört. Loyalität der Finanzbuchhaltung zum Schatzmeister ist aber bei der so umfassenden Aufgabe der bayerischen Schatzmeisterei ein unbedingtes „muss“.

2. Mitgliederdatenbereinigung

2.1. Ein zentrales Problem des bayerischen Landesverbandes

Die Partei DIE LINKE in Bayern hat ein großes Problem. In der Verwaltung der Mitgliederdaten werden Jahr für Jahr gewaltige Differenzen festgestellt zwischen Mitgliedern, die ihren Beitrag an die Partei entrichten und solchen, die nicht zahlen. Im Jahr 2007 betrug der Nichtzahleranteil 37,57% und im Jahr 2008 sogar 37,86%. Für das Jahr 2009 ist ebenfalls mit einem sehr hohen Anteil an Nichtzahlern zu rechnen.

Für 2009 wird eine Gesamtmitgliederzahl von 3.231 angegeben. Zuwenderbescheinigungen an Parteimitglieder, die in 2009 überhaupt Mitgliedsbeiträge entrichteten gab es 2.340. Die Differenz von 891 Mitgliedern leisteten 2009 überhaupt keine Beitragszahlungen. Dies entspricht 27,6%. Zu diesen Nichtzahlern addieren sich noch diejenigen, die nur für Januar oder für das 1. Quartal Zahlungen leisteten und diejenigen, die zwar für Teile des Jahres 2009 Beiträge zahlten, aber unterjährig aus der Partei ausgetreten sind. Nach Berücksichtigung dieser Fälle, wird wiederum ein Nichtzahleranteil ähnlich dem der Vorjahre erreicht werden. Die Mitgliederbereinigung ist damit um keinen Schritt vorangekommen.

Auffällig im Rahmen der Erstellung der Zuwenderbescheinigungen für 2009 war, dass die Mitgliederdatensätze in der Mitte des Jahres 2009 insgesamt 3 Mal durch Eingabefehler „zerschossen“ wurden, so dass nur noch Fragmente übrig blieben. Eine Sicherung der Datenbestände wurde auskunftsgemäß nie vorgenommen, so dass die Wiederherstellung der Mitgliederdaten dann erst im Zuge der Entwicklung der Zuwenderbescheinigungen mit einem Zeitverzug von 9 – 10 Monate - zu Pfingsten 2010 erfolgte.

Warum es möglich war, diese Datenzerstörung durch „Anwenderfehler“ gleich dreimal kurz hintereinander vorzunehmen und warum mit der wichtigen Wiederherstellung der Mitgliederdaten erst mit einem Zeitverzug von so viele Monate begonnen wurde, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich habe auch keine plausible Begründung dafür gefunden, warum von den Daten keine Sicherungsdateien hergestellt wurden. Die Verantwortung lag jedenfalls bei der ehemaligen Schatzmeisterin, die von der Vorstandsmehrheit jetzt wieder durch die Hintertüre mit der Kompetenz der Mitgliederdatenverwalterin betraut wurde. Im Unterschied zum aktuellen Schatzmeister besaß die ehemalige Schatzmeisterin Gilberte Lebien-Schachner auch die volle Personalführungskompetenz.

Vor dem Hintergrund der zerstörten Mitgliederdatensätze und der langen Frist bis zur Wiederherstellung ist verständlich, dass lange Zeit keine Klärung der stark fehlerhaften

Mitgliederdatenbestände vorgenommen wurden.

2.2. Folgen falscher Mitgliederdatenbestände

Die korrekte Erfassung der Mitgliederdatenbestände ist ein Gebot der innerparteilichen Demokratie. Hier sollte es das Bestreben der LINKEN sein, sich unangreifbar zu machen. Bayern sollte unbedingt dem saarländischen Landesverband schnellstens folgen und die Mitgliederdaten bereinigen. Folgewirkung entfalten falsche Mitgliederdatenbestände unter anderem bei der Aufstellung der Delegierten für Parteitage, denn die Anzahl der Delegierten eines Kreisverbandes hängt direkt von der Anzahl seiner Mitglieder ab.

Nachvollziehbar dürfte es sein, dass demokratische Entscheidungen von Parteitagen durch fehlerhaft ermittelte Delegiertenkontingente unzulässig beeinflusst werden. DIE LINKE Bayern bietet mit ihrer über Jahre hinweg fortgesetzten unsauber geführten Mitgliederdatenverwaltung, bei der 1/3 der Mitglieder mit einem Fragezeichen zu versehen sind, wunderbaren Stoff für den Vorwurf von undemokratischen Verhältnissen. Nach Durchsicht der besonders fraglichen Kreisverbände komme ich für mich zu dem Ergebnis, dass eine sauber durchgeführte Mitgliederbereinigung durchaus zu anderen Mehrheitsverhältnissen auf Parteitagen und im Landesvorstand führen könnten. Vielleicht würde damit sogar der Destruktionspolitik der zentralistischen LAVO-Mehrheit ein Ende gesetzt werden können, da die zentralistische Blockfraktion möglicherweise gar nicht die Mehrheitsverhältnisse des Landesverbandes repräsentieren.

Das widerrechtliche und verwerfliche Vorgehen der LAVO-Mehrheit gegen den Kreisverband Aschaffenburg wird für mich jedenfalls nur dann erklärlich, wenn versucht wird, die Aschaffener Mitgliederdatenbestände so zu manipulieren, dass eine kurzfristige Mehrheit der Zentralfraktion bei der Wahl des KV Vorstandes **und der Delegierten** ermöglicht wird.

2.3. Kreisverband Aschaffenburg

Dass der Landesvorstand in die Autonomierechte der Kreisverbände eingreift ohne eine Legitimation dafür zu besitzen, ist bekannt, ebenso dass die LAVO-Mehrheit durch die Aushöhlung der Arbeitsfähigkeit der Schatzmeisterei den erklärten Willen des obersten Organs dieses Landesverbandes, dem Landesparteitag, vorsätzlich missachtet. Es handelt sich damit regelmäßig um schwerste Satzungsverstöße bis hin zur grundlegenden Verletzung des innerparteilichen Demokratieprinzips.

Betroffen von diesen Eskapaden des Landesgeschäftsführers und des Sprecherduos war in den letzten Wochen und Monaten der Kreisverband Aschaffenburg, in dem unser verstorbener Reinhold Rückert Kreisschatzmeister war. Hier hatten die Exponenten der undemokratischen Zentralismusfraktion besonders heftig zugeschlagen. Als Schatzmeister bin ich dabei besonders durch den Vorgang um die 28 ehemaligen Parteimitglieder betroffen. Wegen Nichtzahlung der Mitgliedsbeiträge wurde die vorgeschriebene Prozedur zur Beendigung der Mitgliedschaft durchgeführt. Nach den mir vorliegenden Dokumenten ist diese Prozedur ordnungsgemäß abgewickelt worden und wurde der für die Mitgliederdatenverwaltung zuständigen Mitarbeiterin zur Streichung vorgelegt.

Auf Anweisung des Landesgeschäftsführers wurde diese Mitgliederkorrektur dann nicht durchgeführt. Eigenmächtig und ohne die geringste Berechtigungskompetenz entschied der LGF damit, dass diese ehemaligen Mitglieder weiterhin Mitglieder der Partei seien. Wie weit diese Handlung des LGF die Verfassungskonformität der Partei berührt, mögen andere beurteilen.

Abgesegnet wurde dieses Vorgehen des LGF letztlich auch durch die beiden neuen Landessprecher. Zum einen wurden durch M.Wendl Mitgliedsausweise für diesen Personenkreis ausgestellt, zum anderen wurde dieser Personenkreis bei der illegitimen Einladung zur Kreismitgliederversammlung Aschaffenburg zwecks Kreisvorstandsnachwahl ausdrücklich eingeladen und teilweise sogar noch telefonisch nachgefasst. Besonders aktiv hatte sich die Landessprecherin an dieser Aktion beteiligt. Dass diese Versammlung nicht stattfand, war letztlich allein im Ableben des Kreisschatzmeisters Reinhold Rückert begründet.

Persönlich bewerte ich das Verhalten der Landessprecherin, des LGF und der LAVO-Mehrheit als

einen Vorgeschmack auf das, was da noch kommen wird. Aufgeworfen würde damit auch die Legitimität der personellen Zusammensetzung des jetzigen Landesvorstandes und insbesondere auch die Legitimität unserer Bundestagswahlliste.

3. Nürnberger Büro

Das erwähnte Nürnberger Büro wurde trotz des sehr detaillierten VETO des Schatzmeisters ohne Klärung der aufgeworfenen Fragestellungen bezogen. Das Finanzer - VETO wurde einfach nicht zur Kenntnis genommen, gleichzeitig wurde das alte Mietverhältnis mit Thomas Händels BIKO nicht aktiv im Einvernehmen durch die Partei gekündigt. Der Bundesschatzmeister hat sich durch seine leichtfertige und vermutlich ohne weitere Prüfung vorgenommene Aussagen zum Nürnberger Büro und dem Finanzer - VETO all denjenigen einen Persilschein gegeben, für die die Klärung der VETO-Fragen als lästig erscheinen. Der Bundesschatzmeister wurde damit zum Kronzeugen der Ordnungsmäßigkeit der Anmietung der Nürnberger Büroräume. Nach Information aus der letzten GFLAVO-Sitzung soll der Bundesschatzmeister die Freigabe der Finanzmittel zur Einrichtung der Räume am Landesverband vorbei bewilligt haben. Später sollen diese Kosten dem Landesverband über den Landesfinanzausgleich wieder voll berechnet werden. Ein weiterer Eingriff in die Finanzautonomie des Landesverbandes.

Die Fragestellungen wer Hauptmieter ist, die Bundespartei oder der KV Nürnberg-Fürth ist ungeklärt. Warum konnte Günther Mönies den Vertrag allein unterzeichnen, warum darf der KV Nürnberg-Fürth jetzt sogar zwei Büro's unterhalten (wenn der KV Nürnberg-Fürth Hauptmieter wäre), warum wurden vom KV in dem Fall zwei Büros angemietet in unmittelbarer Nachbarschaft, warum wird dem reichen KV Nürnberg-Fürth ermöglicht, dass die gesamten Kosten des neuen Büros durch Untervermietung an Harald Weinberg und den Landesverband getragen werden und der KV selbst kein Kostenrisiko trägt, warum spielt das räumliche Datenschutzrisiko für die Mitgliederdatenverwaltung und Finanzbuchhaltung keine Rolle. Dies ist nur eine Auswahl von Fragen, die vorsätzlich ungeklärt blieben.

Die anfangs vom Schatzmeister aufgeworfene Frage, dass es dokumentierbar sei müsse, dass durch das Büro des Bundestagsabgeordneten H. Weinberg keine indirekte Parteienfinanzierung vorliege, wurde trotz Zusage nie geklärt. Nach der heute vorliegenden Faktenlage dürfte eine indirekte Parteienfinanzierung eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich sein.

4. Reisekosten Klaus Ernst

Der Umgang mit diesen Fragen zum Nürnberger Büro weist zweifelsfrei große Parallelen zum Umgang von Klaus Ernst bei der Abrechnung seiner Reisekosten auf. Es ist höchst ärgerlich, wenn durch Vorgänge wie bei Klaus Ernst Reisekostenabrechnung sich die FDP aufgerufen sieht, ihm fordernde Ratschläge zum Ruhenlassen seiner Ämter gibt. Politisch naiv ist es allerdings, sich selbst in eine solch missliche Situation gebracht zu haben. Dumm ist es in meinen Augen geradezu, zu argumentieren, es würde kein Betrug vorliegen, da keine Bereicherungsabsicht vorliegen würde, da Klaus Ernst sich die Reisekosten, wenn er sie nicht bei der Bundestagsverwaltung abgerechnet hätte, sie dann eben von seiner Gewerkschaft oder seinem Unternehmen zur Bezahlung vorgelegt hätte. Im Fall Klaus Ernst könnte es sein, dass der Steuerzahler für Kosten in Anspruch genommen wurde, die der Steuerzahler aber gar nicht zu tragen hat. Klar und eindeutig nachweisbar sind offensichtlich nur drei bis fünf Fälle, meine Frage wäre dann aber, was ist mit den anderen vielleicht (noch) nicht nachweisbaren Fällen.

Symptomatisch für den Umgang im bayerischen LAVO ist diese Frage der Reisekosten von Klaus Ernst für mich deshalb, weil ich selbst es war, der den LAVO nach der ersten Spiegel-Online Meldung informiert hatte. Statt sich mit diesem Problem zu befassen und ein politisches Verhalten abzustimmen, wurde von der Landessprecherin Eva Mendl mit dem Vorwurf der Nutzung der bürgerlichen Presse, um eigene Genossen zu belasten, entgegnet. Verständlich wird dieses Verhalten, wenn man weiß, dass Klaus Ernst der Arbeitgeber von Eva Mendl ist. Dennoch sagt dieses Verhalten sehr viel über die demokratische Gesinnung der Urheberin selbst aus.

Ich bin ihr dankbar, dass sie Klaus Ernst Antwortschreiben, das dem Spiegel vorlag, an alle LAVO-Mitglieder versendet hatte. Nach Studium des Schreibens, musste sofort klar sein, da kommt noch mehr und der Spiegel hatte in seiner Online-Fassung nicht einmal die problematischsten Passagen erwähnt. Genau die Passagen, auf die die Berliner Staatsanwaltschaft jetzt offensichtlich zurückgreift. Auch unserem Nürnberger Büro könnte etwas Ähnliches bevorstehen, es handelt sich ja – meines

Wissens nach – teilweise ebenfalls um Steuergelder – möglicherweise um zu viel beanspruchte Steuergelder.

Ein sehr unangenehmer Umgang stellt für mich heute die Rechtfertigungsbegründung für die Höhe der Bezüge von Klaus Ernst dar. Es kann niemandem glaubwürdig und plausibel erklärt werden, warum der Bundesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Klaus Ernst am Monatsende mit ca. 13.000 EURO nach Hause gehen soll, während vielen seiner Wähler nicht einmal 1.000 EURO zur Verfügung stehen. Hier hat jemand abgehoben. Auch gegen die vielen ehrenamtlichen MitarbeiterInnen der Partei lässt sich dieses Einkommen nicht plausibel begründen. Es wirkt geradezu als Verhöhnung derjenigen, die einen großen Teil ihrer Freizeit und ihres Geldes einsetzen und gleichzeitig miterleben müssen, welche Profiteure sie damit unterstützen. Als Landesschatzmeister durfte ich beispielsweise wöchentlich zwischen 50 – 70 Stunden für die vielen kleinen und großen Fragestellungen aufbringen, ohne einen Cent dafür zu erhalten – im Gegenteil letztlich zahlt man sogar immer drauf.

Am ärgerlichsten für mich sind allerdings die politischen Niederträchtigkeiten, Dummheiten und das fehlende Unrechtsbewusstsein, die charakteristisch sind für die „Politik“ vor allem aus Kreisen der zentralistischen Blockadefraktion, der Landesgeschäftsstelle und selbst der Finanzbuchhaltung. Diese haben letztendlich gut die Hälfte meiner Arbeitszeit für die Position des Landesschatzmeisters verbraucht.

Mein persönliches Resümee daraus: So wird das nichts mit der Partei DIE LINKE in Bayern. Die Wahlen für 2013 / 2014 sind bereits jetzt schon aufgegeben, Politikfähigkeit in weiter Ferne (vielleicht 2018, wenn es DIE LINKE dann noch gibt) und ein gewaltiges Demokratiedefizit. Leider habe ich lernen müssen, dass wir in Bayern tatsächlich eine Partei sind, die nicht weiß was sie politisch will, dafür aber auf Landesebene ausgeprägte undemokratische Strukturen aufweist. Unsere politischen Gegner haben allerdings nicht Recht, wenn sie die Ursache bei den GenossInnen mit SED Vergangenheit suchen. Die Ursachen sind hausgemacht und kommen aus Bayern selbst. Sie kommen beispielsweise aus Schweinfurt, Nürnberg oder München. Aber in Bayern ist man ja in sehr guter Nachbarschaft zu den antidemokratischen und autoritären Beispielen aus der Politik der CSU.

5. Arbeitskultur des Landesvorstandes

Meine Kandidatur als Landesschatzmeister war von Anfang an ein Angebot an die Partei, um meine Erfahrungen einzubringen und Organisation, Inhalte, Verlässlichkeit und Rechtsstaatlichkeit innerhalb der Partei voranzubringen. Ich wollte die Partei sozusagen etwas professioneller machen.

Sehr schnell habe ich erfahren, dies war auf keinen Fall gewünscht von der Mehrheit des Landesvorstandes, vielleicht weil diese Mehrheit ein Stück weit um ihren eigenen Einfluss fürchtete. Nach diesen vier Monaten muss ich leider feststellen, dass ich nicht ein einziges Stückchen weiter gekommen bin, im Gegenteil die Landesvorstands-Mehrheit hat in völlig unzulässiger Weise eine Kompetenzbeschneidung meines Handlungsrahmens vorgenommen, der mir keinen Raum zum Agieren und keine Luft zum Atmen lässt.

Eine Zusammenarbeit der beiden Landessprecher mit dem Landesschatzmeister hat es nie gegeben, dazu fehlte dem Sprecherduo von Anfang an der Wille. Die problematischste Entwicklung war, dass M. Wendl stellvertretend für andere diesen Umstand während der 2. GFLAVO-Sitzung auch noch direkt formulierte.

Man will den Schatzmeister bei Vorbereitung und Klärung der notwendigen Fragestellungen, z.B. in der Frage des Nürnberger Büros nicht beteiligt wissen, da er sowieso immer zu viele kritische Fragen stelle. Da ich als Schatzmeister einen objektiv richtigen Rechenschaftsbericht abzuliefern und zu unterschreiben hätte, also nicht nur subjektiv über die Dinge zu berichten hätte von denen ich Kenntnis habe, ist für mich mit solchen unverblühten Aussagen die Stufe des allerhöchsten Risikos erreicht. Ich kann nie mehr sagen, dass ich alle unzulässigen Machenschaften kennen würde, die irgendwo hinter meinem Rücken gespielt werden.

Diese Aussage war nur die Spitze der Politik des neugewählten Sprecherduos Mendl/Wendl. Diese Mausechelpolitik wurde bereits dadurch deutlich, dass der neue Landesvorstand (LAVO) erst mit einer ungewöhnlichen langen Verspätung von 6 Wochen zu seiner konstituierenden Sitzung am 30.5.2010

zusammentreten durfte. Für das Sprecherduo hatte bereits diese Verzögerung System, ohne die lästige Kontrolle und Diskussionen durch einen LAVO konnte so erst einmal frei agiert werden. Wünsche nach einer früheren Konstituierung des neuen LAVO wurden dann auch konsequent nicht zur Kenntnis genommen oder abgelehnt.

Das eigentliche interne Ziel der Landessprecher, nämlich Herstellung der Arbeitsfähigkeit, Einigung und Moderation im LAVO waren nie das erkennbare Selbstverständnis dieses Sprecherduos und ihres Geschäftsführers. Die Vorbereitung auf die harten Wahlkämpfe 2013/14; ein Programm mit dem die Mitglieder befähigt werden, die zu erwartenden Mandate und Positionen auch auszufüllen; Planung von Kampagnen zur Verankerung der Positionen der Partei in der Bevölkerung, z.B. in der Bildungspolitik sind nach wie vor Fehlansätze. Es scheint dieser Blockfraktion – wie bisher schon - vollkommen egal, dass der LAVO die Verpflichtung hat, seinen Beitrag zur inhaltlichen und emanzipatorischen Entwicklung des Landesverbandes beizutragen hätte.

Eine solche Politik hatte nie meine Billigung. Für einen LAVO als destruktiver Wasserkopf, der nur dazu dient, die zarten Pflänzchen erfolgreicher Kreisverbandsarbeit zu zertreten und in dem ausschließlich das primitive Erklämpfen von Positionen und Einfluss durch die Stimmenmehrheit im Vordergrund stünde, hätte mich nicht im geringsten zu meiner Kandidatur veranlassen können. Vor allem dann nicht, wenn für diese Destruktionspolitik selbst schwerste Regel- und Satzungsbrüche kein Hindernis darstellten.

Nach Wendl's Rücktritt und der dadurch entstandenen Handlungsunfähigkeit des Landesverbandes bei seiner aktiven Außenvertretung (es verblieb nur eine Zeichnungsberechtigte) war ich während der letzten GFLAVO-Sitzung vom 6.7.2010 noch einmal bemüht, die Grundlage einer Zusammenarbeit im LAVO herzustellen. Diese Initiative wurde mit der Andeutung abgewiesen, dass die Herstellung der aktiven Handlungsfähigkeit des Vorstandes in der Außenvertretung auf keinen Fall durch den Schatzmeister herzustellen sei. Dieses Verhalten und die offenen Versuche, den nach der Satzung „unverzüglichen“ Parteitag zur Nachwahl der geschäftsführenden LAVO-Position unzulässig zu verschieben, zeigten mir nochmals, dass die LAVO-Mehrheit kein Interesse an einer konstruktiven Zusammenarbeit hatte.

Meine danach folgende Aufforderung vom 12.7.2010 an den gesamten LAVO zur Aufnahme einer professionellen Zusammenarbeit, hinterließen ebenfalls keine für mich erkennbaren Reaktionen. Damit ist der Weg der faktischen Entmachtung der Schatzmeisters durch die LAVO-Mehrheit Stück um Stück zu Ende gegangen und einen Sinn in diesem verantwortungslosen Spielchen ist für mich nicht mehr erkennbar. Als Papiertiger, Grüßaugust oder Platzhalter hatte ich mich vor vier Monaten nicht zur Wahl gestellt und das war allen Delegierten auch ganz klar. Die Hoffnung, dass die LAVO-Mehrheit noch ein Mindestmaß an notwendiger demokratischer Reife und ausreichendem intellektuellem Niveau besitzen könnte um Politikfähigkeit zu entwickeln, habe ich nicht mehr.

6. Rechenschaftsbericht 2009

abschließend noch einige Informationen zum Rechenschaftsbericht 2009. Die Umstände unter denen dieser Bericht entsteht oder entstanden ist, haben mir einige Tage Kopfzerbrechen bereitet. Ich komme zum persönlichen Entschluss, dass ich auf gar keinen Fall meine Unterschrift unter dieses Machwerk setzen darf. Die große Prüfpflicht überlasse ich damit gerne anderen. Wesentlich zu diesem Entschluss bewegen mich Tatsachen, dass man mich vorsätzlich aus allen wesentlichen Informationen heraushält und damit jede Basis von Vertrauen und Verlässlichkeit fehlt. Schon damit steigt dieser Bericht in die Kategorie höchstes Risiko auf.

Die Tatsachen, die ich in Einzelfällen erfahren habe, unterstreichen diese Erkenntnis mit Nachdruck. Ob ich die kleine Prüfungspflicht als nicht-unterzeichnender Landeschatzmeister wahrnehmen kann, wird rechtlich geprüft. Da aber auch hier zumindest eine vollständige Prüfung vorliegen muss, ist für mich auch die Übernahme dieser Verantwortung mehr als fraglich. Die fortgesetzten chaotischen Kamikazeaktionen aus dem Lager der zentralistischen Blockdenker und die neuerlichen Angriffe auf den Kreisverband Aschaffenburg sind klare Anzeichen einer unverantwortlichen, durchgeknallten „Politik“ bei den LINKEN in Bayern, so wie ich mir die Zustände zu Beginn der Stalin Ära vorstelle..